

Protokoll

über die Sitzung des **Ausschusses für Integration und Teilhabe** am Mittwoch, 11.03.2020, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des **Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Günter Hahn

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Andreas Schaumann

Mitglieder

Frau Ute Bertram-Kühn

Herr Stephan Iseke

Herr Klaus Kosellek

Herr Ferdinand Lühring

Frau Christine Nothbaum

Herr Stefan Porscha

Herr Thomas Stolte

Frau Monika Strecker

Beratende Mitglieder

Frau Sabine Alsleben

Herr Adel Amor

Herr Hans-Dieter Jaehnke

Frau Irene Siedow

Herr Heinrich Stephanblome

Frau Jutta Wienand

Herr Jörg Mecklenburg

Vertretung für Hrn. Krause

Verwaltungsangehörige/r

Frau Ute Kemmer

Frau Annette Plein

Frau Jule Reichert

FDL Soziale Arbeit

FBL Bürgerdienste

FD Soziale Arbeit

Sitzungsbeginn: 18:00

Sitzungsende: 19:09

Tagesordnung

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 27.06.2019
- 3 Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, referiert über ihr Aufgabengebiet
- 4 Berichte und Bekanntgaben
- 4.1 Bericht über die Entwicklung der Haushaltsdaten 2019 per 31.05.2019 **2019/137**
- 4.2 Beteiligung der Ortsräte; Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der Ortsräte für den Haushalt 2020 **2019/279**
- 5 Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
- 6 Anfragen

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Herr Hahn eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Integration und Teilhabe um 18:00 Uhr, begrüßt alle Mitglieder und Anwesenden, insbesondere Frau Doris Schröder Köpf, die Niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 27.06.2019

Der Ausschuss für Integration und Teilhabe fasst bei 3 Enthaltungen mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 27.06.2019 wird genehmigt.

3. Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, referiert über ihr Aufgabengebiet

Frau Doris Schröder-Köpf referiert über ihr Ehrenamt als Niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe (siehe **Anlage 1**). Sie und ihr Team seien für alle Personengruppen in Niedersachsen zuständig, die seit dem 2. Weltkrieg eingewandert sind. Sie schildert, dass die größten Zuwanderungsgruppen aus Polen, der ehemaligen Sowjetrepublik und seit 2015 auch aus Syrien kämen. Pro Jahr bearbeite sie gemeinsam mit ihrem Team 200 bis 300 asylrechtliche Fälle. Aber auch die Unterstützung und Aufklärung der niedersächsischen Bevölkerung, insbesondere der Ehrenamtlichen, fielen in ihr Aufgabengebiet. Ihre Leitlinien seien dabei das Grundgesetz sowie die Gleichstellung von Mann und Frau. Anschließend berichtet sie über die katastrophalen Zustände in den Flüchtlingslagern an der griechisch-türkischen Grenze und über den Koalitionsbeschluss der deutschen Regierung über die Aufnahme von etwa 100 Flüchtlingskindern. Frau Schröder-Köpf weist auf die Notwendigkeit vernünftiger Strukturen, auch in Bezug auf die Innen- und Außenpolitik, in Deutschland hin und warnt davor, nicht die gleichen Fehler wie in den 60er und 70er Jahren zu machen. Abschließend spricht sie ihren Dank und ihre Anerkennung für die ehrenamtlich Tätigen und deren Engagement aus.

Herr Hahn bedankt sich bei Frau Schröder-Köpf für ihren ausführlichen Vortrag und eröffnet die Möglichkeit, Fragen an Frau Schröder-Köpf zu richten.

Ein Einwohner berichtet von seinem Ehrenamt als Betreuer eines syrischen Geflüchteten sowie dessen Familie. Er fragt, wieviel Geld der Stadt Neustadt a. Rbge. für eine geflüchtete Person zur Verfügung stehe. Frau Schröder-Köpf antwortet, dass der Kommune pro Person 11.000€ zur Verfügung stehen würden, von der u.a. die Unterbringung der Person bezahlt werden müsse. Eine weitere Frage des Einwohners ist, weshalb für geflüchtete Familien nur schlecht eine Wohnung zu finden sei. Frau Schröder-Köpf antwortet, dass der Wohnungsmarkt im Moment allgemein sehr angespannt sei. Für Geflüchtete würden von der Stadt aber normalerweise Wohnungen bereitgestellt werden. Weiterhin merkt der Einwohner an, dass es ein Problem sei, dass die Miete für Wohnungen direkt an die Geflüchteten bezahlt würden und nicht direkt an den Vermieter. Frau Bertram-Kühn merkt an, dass durchaus die Möglichkeit einer direkten Überweisung der Miete vom Jobcenter an den Vermieter bestehe, indem ein Schreiben aufgesetzt und im Jobcenter eingereicht werde.

Herr Iseke fragt an, wie schwer es ist eine ausländische Berufsausbildung in Deutschland anerkennen zu lassen und ob es dazu Zahlen gibt. Frau Schröder-Köpf antwortet, dass etwa 80% der ausländischen Berufsausbildungen anerkannt würden. Absolute Zahlen habe sie

allerdings nicht vorliegen. Sie berichtet, dass in den letzten Jahren mehr Landesmittel investiert worden seien, um die Beratung und das Verfahren zur Berufsankennung auszubauen. Frau Wienand von der Frauenberatungsstelle Neustadt berichtet von Unklarheiten zum Thema Deutschkurse für Frauen, über die Zertifizierungen und die Frage über die Möglichkeit von zusätzlichen Fördermöglichkeiten, um passgenauere Angebote für Betroffenen zu finden. Frau Schröder-Köpf erklärt, dass es 3 verschiedene Arten von Sprachkursen gäbe: 1. Die BAMF-Kurse für Menschen mit einer guten „Bleibe-Perspektive“, die vom Bund angeboten werden. 2. Landessprachkurse, angeboten vom Land. Und 3. Deutschkurse von privaten Initiativen und Anbietenden, die ehrenamtlich durchgeführt werden. Für letztere habe der Bund in den vergangenen Jahren die Mittel immer weiter gekürzt. Das fehlende Geld würde sich nächstes Jahr deutlich bemerkbar machen, da es von den Bundesländern nicht mehr kompensiert werden könne. Die Gefahr sei, dass das gesamte aufgebaute Netzwerk dadurch auseinanderbrechen könne. Die Landessprachkurse richten sich vor allem an zwei Gruppen: zum einen an diejenigen, die die Prüfung auf B1-Niveau ablegen um in den Beruf einzusteigen und zum anderen an Analphabeten, Frauen und Mütter, die sich nach der Flucht nach Deutschland primär um die Familie gekümmert haben und daher erst später Deutsch lernen. Da mit den BAMF-Kursen nicht alle Menschen abgedeckt würden, sollen die Landessprachkurse diese Lücke schließen und allen Betroffenen die Möglichkeit zur Erlernen der deutschen Sprachen bieten.

Eine ZuhörerIn bezieht sich auf die zuvor angesprochene Aufnahme der 100 Flüchtlingskinder in Deutschland. Sie fragt, wie das Verfahren abläuft und wer sich darum kümmert. Frau Schröder-Köpf erklärt, dass es mehrere Bundesaufnahmeprogramme zur Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland gäbe. Das UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR gehe in die Flüchtlingsunterkünfte und ermittle dort besonders schutzbedürftige Personen. UNHCR mache dies bereits seit einigen Jahren und habe daher viel Erfahrung, wenn es um die Auswahl der Personen ginge. Die aufgenommenen Personen würden auf alle Bundesländer verteilt, Niedersachsen bekäme etwa 9% der Kinder. Diese kämen dann in betreute Einrichtungen. Der Vorsitzende Herr Hahn bedankt sich noch einmal ausdrücklich bei Frau Schröder-Köpf für ihren Besuch.

4. Berichte und Bekanntgaben

Frau Plein schildert kurz eine Reihe von Anfragen seitens der Behindertenbeauftragten, die vor der Sitzung bei der Stadtverwaltung eingereicht und bereits abschließend beantwortet wurden. Für die ausführlichen Antworten verweist sie auf das Protokoll der Sitzung (siehe **Anlage 2**).

Herr Hahn macht auf die Flyer von KIBIS aufmerksam, die im Sitzungssaal ausgelegt sind. Frau Siedow merkt dazu an, dass KIBIS auch beim Neustädter Familien- und Seniorentag am 26.09.2020 teilnehmen werde.

Herr Hahn teilt mit, dass er Kontakt zu Frau Wontorra, die Niedersächsische Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, aufgenommen habe. Er würde es begrüßen, wenn auch sie einen Vortrag im Ausschuss für Integration und Teilhabe halten würde.

4.1. Bericht über die Entwicklung der Haushaltsdaten 2019 per 31.05.2019 2019/137

Bekannt gegeben.

4.2. Beteiligung der Ortsräte; Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der Ortsräte für den Haushalt 2020 **2019/279**

Bekannt gegeben.

5. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Ein Einwohner fragt nach, ob die Selbsthilfegruppe zu Angst, Depression und Mobbing bei KIBIS noch existiere. Frau Siedow antwortet, dass dort eine Selbsthilfegruppe zu dieser Thematik gelistet sei und der Einwohner sich für weitere Informationen direkt an KIBIS wenden könne.

6. Anfragen

Frau Bertram-Kühn stellt die Frage, weshalb das Protokoll der Sitzung vom 27.06.2019 nicht in Session verlinkt sei. Frau Kemmer antwortet, dass die alten Dokumente, die durch den Cyberangriff zerstört wurden, teilweise noch nicht wieder in das Programm eingepflegt worden seien. Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung sei allerdings über das Ratsinformationssystem der Stadt Neustadt einsehbar.

Herr Mecklenburg berichtet, dass laut Information der Region Hannover am Neustädter Bahnhof ein Aufzug erneuert werden solle. Dies würde bedeuten, dass die Gleise 2 und 3 für Menschen mit entsprechenden Einschränkungen nicht zu erreichen wären. Er fragt, ob und welche Lösungsmöglichkeiten es dafür gäbe (siehe **Anlage 3**). Frau Plein antwortet, dass ihr diese Information der Region nicht bekannt sei, sie aber Kontakt zu der Deutschen Bahn aufnehmen und die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten werde.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Hahn den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:08 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Dominic Herbst
Bürgermeister

Jule Reichert
Protokollführer/-in

Neustadt a. Rbge., 24.03.2020